

Frankfurter Allgemeine Archiv

Donnerstag, 23. März 2017

VIDEO

THEMEN

BLOGS

ARCHIV

F.A.Z.-THEMA

[Zurück zur Ergebnisseite](#)[Nächstes Ergebnis](#)

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.03.2017, Nr. 67, S. 17

Im Gespräch: Jeroen Dijsselbloem, niederländischer Finanzminister und Chef der Eurogruppe

"Ich werde die Kandidatur sicher nicht in Ihrer Zeitung erklären"

Der Sozialdemokrat Dijsselbloem über Ambitionen an der Spitze der Eurogruppe, seinen neuen Plan einer Aufwertung des Krisenfonds ESM und die falsche Ausrichtung der EU-Kommission als Haushaltsaufsicht.

Herr Minister, ganz Europa scheint erleichtert über das niederländische Wahlergebnis zu sein. Sind Sie es auch, obwohl Ihre sozialdemokratische Partei abgestürzt ist?

Nicht wirklich. Der europäische Blick auf die Wahl war zu sehr auf die Frage verengt, ob die Partei von Geert Wilders die meisten Stimmen bekommen würde. Natürlich ist erfreulich, dass er dieses Ziel klar verfehlt hat. Aber das war nie wirklich entscheidend. Schon vor der Wahl war klar, dass Wilders keine Chance auf eine Regierungsbeteiligung haben würde, weil niemand mit ihm verhandeln wollte. Es war immer klar, dass am Ende eine gemäßigte Regierung stehen würde - nach schwierigen Koalitionsverhandlungen. Vor denen steht Ministerpräsident Mark Rutte jetzt, und es wäre nicht anders gekommen, wenn Wilders knapp vorn gelegen hätte. Deshalb überwiegt bei mir die Enttäuschung über unser eigenes Abschneiden.

Werden sich Ihre Sozialdemokraten an der Regierung beteiligen?

Das ist extrem unwahrscheinlich. Nur wenn Rutte sich nicht mit den anderen potentiellen Partnern einigen kann, könnte er sich an uns wenden. Aber hoffentlich kommt es nicht dazu.

Warum hoffentlich?

Wir haben rund 75 Prozent unserer Sitze verloren. Deshalb müssen wir uns jetzt auf uns selbst besinnen und die sozialdemokratische Bewegung in den Niederlanden wiederaufbauen. Das ist viel wichtiger, als in eine Regierung einzutreten, in der wir es weit schwerer hätten als früher. Bisher waren wir ein gleichberechtigter Partner von Ruttes Liberalen, in einer neuen Regierung wären wir mit acht Parlamentssitzen ein Minipartner.

Wie lange wird die Regierungsbildung dauern?

Rutte muss eine Koalition aus vier Parteien schmieden. Das ist auch für niederländische Verhältnisse viel. Und es gibt große inhaltliche Unterschiede zwischen den potentiellen Partnern. Die Christdemokraten und die Grünen sind beispielsweise sehr weit auseinander. Wahrscheinlich wird die neue Regierung erst nach der Sommerpause stehen. Den neuen Haushaltsentwurf für 2018 werde auf jeden Fall noch ich vorbereiten. Ob ich ihn im September auch einbringe, wird man sehen.

Sie sind bis Januar 2018 als Chef der Eurogruppe gewählt. Können Sie das nach diesem Wahlausgang bleiben?

Nach dem EU-Regelwerk spricht nichts dagegen. Da steht nur, dass die Minister der Eurogruppe für zweieinhalb Jahre mit einfacher Mehrheit einen Vorsitzenden wählen. Es steht nichts davon, dass der Vorsitzende auch Minister sein muss. Bisher war das natürlich immer der Fall. Letztlich müssen meine Ministerkollegen entscheiden, ob das so bleiben soll oder ob ich bis Januar 2018 im Amt bleibe.

Wollen Sie Ihre Amtszeit denn erfüllen?

Ja, wenn ich die Unterstützung der Kollegen habe.

Und haben Kollegen Sie seit der Wahl schon aufgefordert zu bleiben?

Ja. Aber mein Leben hängt nicht davon ab, ob ich von - sagen wir - Oktober bis Januar noch der Eurogruppe vorsitze. Wichtiger sind andere Fragen: Wie wird die Währungsunion künftig ausgestaltet, und was ist die Rolle der Eurogruppe und ihres Vorsitzenden?

Sie haben bisher die Meinung vertreten, dass das Amt des Eurogruppenchefs nebenamtlich von einem Finanzminister ausgeübt werden soll. Einen hauptamtlichen Vorsitzenden haben Sie abgelehnt. Gilt das noch? Für den hauptamtlichen Vorsitz wären Sie jetzt frei.

Wie wir das künftig halten, hängt stark davon ab, in welche Richtung die Eurostaaten die Währungsunion entwickeln wollen. Wenn sie die wirtschafts- und finanzpolitische Zusammenarbeit ausbauen wollen, wäre das sicher ein Argument für einen starken, unabhängigen, hauptamtlichen Vorsitzenden der Eurogruppe.

Nur dann?

Manchmal ist es schon jetzt schwierig, beide Ämter gleichzeitig auszufüllen, etwa wenn Griechenland die dauernde Aufmerksamkeit des Eurogruppenchefs erfordert.

Das klingt nach einem Plädoyer für einen hauptamtlichen Vorsitzenden. Griechenland hat Sie bisher doch dauernd beschäftigt.

Dass will ich nicht bestreiten. Aber das kann sich auch einmal ändern.

Die von Ihnen geforderte Diskussion über die Zukunft der Währungsunion haben die Eurostaaten mit Sicherheit nicht beendet, bis im Januar 2018 die Neuwahl des Eurogruppenchefs ansteht.

Denkbar wäre ja, dass die Eurogruppe zu dem Zeitpunkt einen neuen Vorsitzenden bestimmt und festlegt, ob dieser im Haupt- oder im Nebenamt tätig wird. Dieser neue Vorsitzende könnte einen Teil seiner Amtszeit darauf verwenden, die Diskussion über die künftige Ausgestaltung der Währungsunion voranzutreiben, vielleicht sogar binnen zweieinhalb Jahren abzuschließen. Dieses Mandat könnten ihm die Staats- und Regierungschefs übertragen.

Wären Sie ein Kandidat für ein so definiertes Amt?

Ich werde meine Kandidatur sicher nicht in Ihrer Zeitung erklären. Auch diese Frage hängt von der Unterstützung der anderen Minister ab. In der Zeit bis September werde ich mit meinen Kollegen über meine persönliche Zukunft, aber auch über die künftige generelle Ausrichtung des Eurogruppenvorsitzes sprechen.

Zunächst haben Sie weiter vor allem mit Griechenland zu tun. Die zweite Programmüberprüfung der Gläubiger-Institutionen ist wieder einmal überfällig. Wann wird sie abgeschlossen?

Sicher nicht bis zum Eurogruppentreffen an diesem Montag und wohl auch nicht bis zum nächsten Treffen im April. Wir haben ja im Februar eine leichte Kursänderung vorgenommen und setzen noch mehr auf Wirtschaftsreformen und nicht mehr ganz so sehr auf "Austerität". Das macht es auch dem Internationalen Währungsfonds (IWF) leichter, sich wieder mit einem eigenen Programm zu beteiligen. Deshalb

haben wir aber noch mehr Arbeit. Eine gründliche Arbeitsmarkt-, Steuer- oder Rentenreform braucht Zeit.

Das ist keine neue Erkenntnis. Ist die griechische Regierung denn willens, diese Reformen zu beschließen?

Die Regierung hat jetzt mehr Anreize dazu. Wenn die Reformen Erträge bringen, kann Griechenland das Geld selbst einsetzen. Sie müssen die Reformen nicht für uns durchführen, sondern zu ihrem eigenen Wohl. Deshalb bin ich optimistisch. Die Gespräche verlaufen ganz gut.

Aber der IWF hat noch nicht in ein eigenes Programm eingewilligt, weil er von den Eurostaaten fordert, konkretere Schuldenerleichterungen zuzusagen.

Wir haben schon im Mai 2016 zugesagt, dass wir nach Programmabschluss 2018 mehr tun, wenn Griechenland seine Verpflichtungen eingehalten hat und der IWF immer noch der Meinung ist, dass die griechische Staatsschuld nicht hinreichend tragfähig ist. Ja, der IWF ist der Meinung, wir sollten mit Blick auf die Zeit nach 2018 noch konkreter werden. Ich fürchte aber, dass das nicht geht. Wir haben schon gesagt, dass wir dann tun werden, was nötig ist - auf der Grundlage der Schuldentragfähigkeitsanalyse des IWF, nicht unserer eigenen. Der Fonds rechnet und sagt uns dann, was zu tun ist.

Da kann er aber doch gleich bis 2018 mit der Entscheidung warten, ob er ein neues Programm beschließt.

Nein. Wir haben im Mai 2016 dreierlei beschlossen: Griechenland verwirklicht die vereinbarten Reformen, unter dieser Bedingung kümmern sich die Europäer um die Senkung der Schuldenlast, und unter dieser Bedingung kann der IWF ein neues Programm beschließen.

Sie erwarten also ein neues IWF-Programm bis zum Sommer?

Es wäre jedenfalls sehr willkommen.

Beeinflusst der Machtwechsel im Weißen Haus die Bereitschaft des IWF, sich weiter in Griechenland zu engagieren?

Ganz klar ist das noch nicht. Aber die neue Regierung hält das wohl mehr für eine europäische Angelegenheit.

Da ist sie nicht allein. Die Forderungen nach einem europäischen Währungsfonds mehren sich, möglicherweise angesiedelt im bisherigen Euro-Krisenfonds ESM. Was

halten Sie von dieser Idee?

Ich hielte es für sehr sinnvoll, wenn sich der ESM mittel- bis langfristig zum europäischen IWF entwickelte. Er sollte eine klar führende Rolle in künftigen Programmen erhalten. Natürlich füge ich hinzu: Hoffentlich brauchen wir künftig möglichst wenige solcher Programme. Aber wir sollten selbst die fachliche Expertise aufbauen, die der IWF hat. Meines Erachtens wäre der ESM der richtige Ort dafür.

Das heißt, die EU-Kommission und die Europäische Zentralbank (EZB) sollten sich mittelfristig aus der Programmüberwachung zurückziehen?

Die EZB fühlt sich in dieser Funktion zunehmend unwohl, zu Recht. Sie sollte sich unabhängig von der Programmüberwachung um Bankenaufsicht kümmern und nicht mehr Teil der Troika sein. Und die EU-Kommission hat eine Reihe anderer Aufgaben, manche sagen, zu viele.

Sie auch?

Sagen wir so: Die Kommission sollte sich auf die Aufgaben konzentrieren, die sie schon hat. Die Haushaltsaufsicht, der Stabilitätspakt, die Analyse makroökonomischer Ungleichgewichte, das sind alles so wichtige Themen, dass die Kommission genug damit zu tun hat.

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble betont immer wieder, dass sich die Kommission um die strikte Einhaltung der in der EU gültigen Regeln kümmern soll. Ist er mit dieser Sicht in der Eurogruppe isoliert?

Nein, schon allein weil EZB-Präsident Mario Draghi diesen Punkt immer wieder betont. Auch ich selbst halte den Pakt für extrem wichtig.

Warum?

Zum einen machen wir uns nach außen hin berechenbar, wenn wir ihn konsequent anwenden. Zum anderen wirkt der Pakt innerhalb der Eurozone vertrauensbildend. In der Euro-Krise haben sich die nördlichen Eurostaaten solidarisch mit den Krisenländern gezeigt. Als Sozialdemokrat halte ich Solidarität für äußerst wichtig. Aber wer sie einfordert, hat auch Pflichten. Ich kann nicht mein ganzes Geld für Schnaps und Frauen ausgeben und anschließend Sie um Ihre Unterstützung bitten. Dieses Prinzip gilt auf persönlicher, lokaler, nationaler und eben auch auf europäischer Ebene.

Sollte der ESM noch weitere Aufgaben übernehmen? Schäuble schlägt vor, mittelfristig die Aufsicht über die Haushalte der Mitgliedstaaten von der EU-

Kommission in den ESM zu übertragen.

Ich teile seine Kritik an der Kommission, gerade an der Art und Weise, wie sie ihre Rolle als Haushaltsaufsicht definiert. Ich habe nichts dagegen, wenn Jean-Claude Juncker seine Kommission "politisch" nennt. Aber die Staatshaushalte der Mitgliedstaaten dürfen nicht politisch, also von Fall zu Fall unterschiedlich geprüft werden. Wenn Zahlen politisch interpretiert werden, geraten wir in sehr ernste Probleme. Das muss eine ganz neutrale, technokratische Sache sein. Und ja, vielleicht muss man diese Aufgabe künftig außerhalb der Kommission wahrnehmen.

Also im ESM?

Das habe ich nie gesagt. Ich kann mir eher ein unabhängiges, eigenständiges Gremium vorstellen, das sich um die Zahlen kümmert. Das schließt nicht aus, dass die Kommission daraus politische Schlüsse zieht.

Juncker wird Ende Mai ein Papier zur Weiterentwicklung der Währungsunion vorstellen. Da ist vieles denkbar, etwa Eurobonds oder ein eigener Eurohaushalt, der für eine europäische Arbeitslosenversicherung zur Dämpfung makroökonomischer Schocks verwendet wird. Sollte man solche Ideen vorantreiben?

Das ist ökonomisch nicht sehr sinnvoll und politisch kompliziert - jedenfalls derzeit. Wir müssen uns jetzt erst einmal darum kümmern, das zu vollenden, was wir schon begonnen haben, etwa die Bankenunion. Sehr wichtig ist auch, die Kapitalmarktunion weiterzuentwickeln. Man muss makroökonomische Schocks nicht unbedingt mit öffentlichem Geld absorbieren. Besonders gut eignen sich dafür funktionierende Märkte - nicht nur Kapitalmärkte, auch Arbeitsmärkte. Und über eine genuine europäische Arbeitslosenversicherung können wir frühestens dann sprechen, wenn wir auf nationaler Ebene ähnliche Systeme haben. So weit sind wir noch lange nicht.

Das Gespräch führten Werner Mussler und Manfred Schäfers.

Bildunterschrift: Schäuble-Unterstützer: Jeroen
Dijsselbloem

Foto dpa

Alle Rechte vorbehalten © Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH, Frankfurt am Main
Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte für F.A.Z.-Inhalte erwerben Sie auf www.faz-rechte.de

[Zum Seitenanfang](#)

Artikel

Veröffentlichungsdatum **20.03.2017**

Quelle **Frankfurter Allgemeine Zeitung, 20.03.2017, Nr. 67, S. 17**

Ressort **Wirtschaft**

Seitenüberschrift **Wirtschaft**

Drucken

Speichern

Nach ähnlichen Artikeln suchen

Serie

☐ Im Gespräch

Person

☐ Dijsselbloem, Jeroen

Land

☐ Europäische Union

☐ Niederlande

Sachgebiet

☐ Geld und Finanzmärkte

☐ Innenpolitik

☐ Außenpolitik

☐ Wirtschaft

☐ Partei

☐ Öffentliche Finanzen

Thema

☐ Eurogruppe. Grundsätzliches. Struktur

☐ Einzelne Internationale Währungsorganisationen

☐ Einzelne Parteien

Institution

☐ Partei der Arbeit (PvdA), Niederlande

☐ Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM)

Suchen